

Verordnung über die politischen Rechte

(Änderung vom 13. September 2017)

Der Regierungsrat beschliesst:

I. Die Verordnung über die politischen Rechte vom 27. Oktober 2004 wird geändert.

II. Die Verordnungsänderung tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.
Die Inkraftsetzung steht unter dem Vorbehalt des gleichzeitigen Inkrafttretens der Änderung vom 28. August 2017 des Gesetzes über die politischen Rechte (Koordination Wahlen und Amtsantritte). Tritt die Änderung vom 28. August 2017 des Gesetzes über die politischen Rechte nicht am 1. Januar 2018 in Kraft oder wird ein Rechtsmittel gegen die Verordnungsänderung ergriffen, wird über die Inkraftsetzung erneut entschieden.

III. Gegen die Verordnungsänderung und Dispositiv II Satz 1 kann innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, beim Verwaltungsgericht des Kantons Zürich Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und dessen Begründung enthalten.

IV. Veröffentlichung dieses Beschlusses, der Verordnungsänderung und der Begründung im Amtsblatt.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:
Markus Kägi

Der Staatsschreiber:
Beat Husi

**Verordnung
über die politischen Rechte (VPR)**
(Änderung vom 13. September 2017)

Der Regierungsrat beschliesst:

Die Verordnung über die politischen Rechte vom 27. Oktober 2004 wird wie folgt geändert:

- d. Angaben § 4. Abs. 1 unverändert.
 Abs. 2 wird aufgehoben.
 Abs. 3 wird zu Abs. 2.
- e. Eintragungen § 5. Abs. 1 unverändert.
 ² Für stimmberechtigte Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer wird das Register nach den Bestimmungen des Auslandschweizergesetzes vom 26. September 2014 und der dazugehörigen Verordnung geführt.
 Abs. 3 unverändert.
- Ständerat § 59. Der Versand des Stimmmaterials an Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer und deren Stimmabgabe an der Urne richten sich nach Art. 12 und 13 der Auslandschweizerverordnung vom 7. Oktober 2015.
-

Begründung

1. Ausgangslage

Am 28. August 2017 beschloss der Kantonsrat eine Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR; LS 161) betreffend die Koordination von Wahlen und Amtsantritten (Vorlage 5322; ABI-2017-09-01).

Gegenstand der Gesetzesänderung bildet u. a. die Anpassung einer Verweisung auf geänderte bundesrechtliche Bestimmungen bezüglich der Beteiligung von Auslandschweizerinnen und -schweizern an den Ständeratswahlen (vgl. § 109 revGPR). Im Sinne dieser Gesetzesänderung sind auch Anpassungen in der Verordnung über die politischen Rechte (VPR; LS 161.1) vorzunehmen.

2. Vernehmlassungsverfahren

Auf die Durchführung eines Vernehmlassungsverfahrens wurde aufgrund der untergeordneten Tragweite der Verordnungsänderungen verzichtet.

3. Zu den einzelnen Verordnungsänderungen

Angaben im Stimmregister für Auslandschweizerinnen und -schweizer (§ 4 Abs. 2 VPR)

Gemäss § 4 Abs. 2 VPR gibt das Stimmregister für Auslandschweizerinnen und -schweizer auch an, wann eine Anmeldung oder deren Erneuerung im Sinne von Art. 3, 7 und 16 der Verordnung vom 16. Oktober 1991 über die politischen Rechte der Auslandschweizer (AS 1991, 2391) abläuft. Die genannten Bestimmungen der eidgenössischen Verordnung sahen vor, dass Auslandschweizerinnen und -schweizer, die ihre politischen Rechte weiterhin ausüben wollen, ihre Anmeldung bei der Stimmgemeinde alle vier Jahre erneuern mussten. Mit der Auslandschweizerverordnung vom 7. Oktober 2015 (V-ASG; SR 195.11) wurden die Verordnung über die politischen Rechte der Auslandschweizer und damit auch jene Bestimmungen, auf die § 4 Abs. 2 VPR verweist, aufgehoben (Art. 75 Ziff. 1 V-ASG). Eine Pflicht zur Erneuerung der Anmeldung besteht seither nicht mehr (Art. 19 Auslandschweizergesetz vom 26. September 2014 [ASG; SR 195.1]; Art. 7 ff. V-ASG). Die Verweisung in § 4 Abs. 2 VPR ist somit hinfällig, weshalb die Regelung ersatzlos aufzuheben ist.

Führung des Stimmregisters für Auslandschweizerinnen und -schweizer (§ 5 Abs. 2 VPR)

§ 5 Abs. 2 VPR verweist betreffend die Führung des Stimmregisters für Auslandschweizerinnen und -schweizer auf die Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 19. Dezember 1975 über die politischen Rechte der Auslandschweizer und die dazugehörige Vollzugsverordnung. Das Bundesgesetz wurde auf den 1. November 2015 durch das Auslandschweizergesetz abgelöst, weshalb die Verweisung anzupassen ist.

Ausübung der politischen Rechte durch Auslandschweizerinnen und -schweizer (§ 59 VPR)

Die Schweizerinnen und Schweizer, die im Ausland wohnen und in eidgenössischen Angelegenheiten im Kanton Zürich stimmberechtigt sind, können sich an den Ständeratswahlen beteiligen (Art. 82 Abs. 3 KV; LS 101). Hinsichtlich der Beteiligung der Auslandschweizerinnen und -schweizer an den Ständeratswahlen verweist das Gesetz über die politischen Rechte heute auf die Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 19. Dezember 1975 über die politischen Rechte der Auslandschweizer (§ 109 Abs. 1 GPR). Aufgrund der Ablösung dieses Gesetzes durch das Auslandschweizergesetz wurde die Verweisung auf das Bundesrecht mit der Gesetzesänderung vom 28. August 2017 angepasst (§ 109 Abs. 1 revGPR).

Der Anwendungsbereich des Auslandschweizergesetzes beschränkt sich auf die Ausübung der politischen Rechte durch die Auslandschweizerinnen und -schweizer auf Bundesebene (Art. 40 Abs. 2 BV; SR 101). Hinsichtlich des kantonalen Stimmrechts der Auslandschweizerinnen und -schweizer enthält das kantonale Recht eigene Regelungen oder es erklärt das Bundesrecht für anwendbar. Letzteres gilt z.B. hinsichtlich der Führung des Stimmregisters für Auslandschweizerinnen und -schweizer, die sich gemäss § 5 Abs. 2 VPR nach den Bestimmungen des Bundes richtet.

Hingegen fehlen auf kantonomer Ebene Bestimmungen zum Versand des Stimmmaterials und zur Stimmabgabe an der Urne, wie sie das Bundesrecht für eidgenössische Wahlen und Abstimmungen kennt (Art. 12 und 13 V-ASG). Die kantonalen Wahlen, an denen sich die Auslandschweizerinnen und -schweizer beteiligen können, sind die Ständeratswahlen. Diese finden gleichzeitig mit den Nationalratswahlen statt (Art. 82 Abs. 2 KV). Für die Nationalratswahlen finden Art. 12 f. V-ASG direkt Anwendung, sodass es sinnvoll ist, festzuhalten, dass jene Bestimmungen auch für die gleichzeitig durchgeführten Ständeratswahlen gelten. Andernfalls würden für den Versand des Stimmmaterials und die Stimmabgabe an der Urne für die Wahl der beiden Organe unterschiedliche Regeln gelten, was sich sachlich nicht recht-

fertigen liesse. Die ausdrückliche Verweisung auf die beiden Bundesbestimmungen rechtfertigt sich ferner gerade auch wegen der neu eingeführten Möglichkeit zur Fristverkürzung zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang der Ständeratswahlen (§ 84a Abs. 2 revGPR).

4. Auswirkungen auf Finanzen und Unternehmen

Die Verordnungsänderung ist mit keinen Mehrkosten verbunden und begründet oder verändert keine Handlungspflichten für Unternehmen im Sinne von § 1 des Gesetzes über die administrative Entlastung der Unternehmen vom 5. Januar 2009 (LS 930.1).

5. Inkraftsetzung

Die Verordnungsänderung erfolgt im Zusammenhang mit der Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte vom 28. August 2017. Die Gesetzesänderung tritt – bei unbenütztem Ablauf der Referendumsfrist vor dem 8. November 2017 (vgl. Ziff. I der Übergangsbestimmungen zur Änderung vom 28. August 2017) – am 1. Januar 2018 in Kraft. Aufgrund des Sachzusammenhangs ist die Verordnungsänderung auf den gleichen Zeitpunkt in Kraft zu setzen.